

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39  
Telefax: 886846 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB zur Arbeit am Grundsat-  
programm der SPD: Der  
Gesellschaft eine solidarische  
Philosophie vermitteln.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB zur  
jüngsten Entwicklung in der  
DDR: Ist Egon Krenz mehr  
als der junge Honecker?

Seite 3

Rudolf Müller MdB zum  
Erfordernis, sich im euro-  
päischen Wettbewerb zu be-  
haupten und den veränderten  
Bedingungen anzupassen:  
Mehr Marktwirtschaft im  
Agrarbereich erforderlich.

Seite 4

Karl-Heinz Hiersemann MdL  
und Günter Wirth MdL zur  
Vorlage des Entwurfs eines  
Umweltdatenauskunftsgesetz-  
es durch die bayerische  
SPD-Ladtagsfraktion: Wer  
und was belastet die Umwelt,  
in der wir leben?

Seite 5

44. Jahrgang / 203

20. Oktober 1989

Der Gesellschaft eine solidarische Philosophie vermitteln

Einige Gedanken zur Arbeit am Grundsatprogramm der SPD

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Programmkommission der SPD Baden-Württem-  
berg

Es heißt heute, das kapitalistische Wirtschaftssystem habe sich gegenüber dem sozialistisch-planwirtschaftlichen Modell endgültig als historisch überlegen erwiesen - aber in diesem Siegestaumel wird nicht von den 90 Prozent Jugendlichen ohne Lehrstelle in britischen Großstädten gesprochen, nicht von den 20 Prozent Nordamerikanern unter der Armutsgrenze, nicht von den zunehmenden Millionen in westlichen Gesellschaften, die ihren letzten Lebenssinn in der Flucht in Drogenkonsum sehen, und vor allem nicht davon, daß sich die Widersprüche des modernen Kapitalismus in der Dritten Welt auf unmenschlichste Art zeigen und immer mehr vertiefen.

Es wird auch nicht davon gesprochen, daß die einzigen Länder mit kapitalistischer Wirtschaftsstruktur mit sozialer Stabilität diejenigen sind, die über Jahrzehnte von sozialdemokratischer Politik maßgeblich geprägt werden konnten. Das Modell Schweden ist kein Beweis für die Überlegenheit des Kapitalismus, sondern der Überlegenheit sozialdemokratischer Reformpolitik.

Nicht nur im Osten sind grundlegende neue Perspektiven notwendig, um die menschliche Zivilisation zu retten. Zu dümmlichen Optimismus oder zu satter Selbstzufriedenheit besteht auch im äußerlich glitzernden Westen kein Anlaß. Ob es Anlaß zu neuen Hoffnungen gibt, hängt nicht nur von der Qualität politischer Programme ab, sondern davon, ob die gesellschaftlichen Bedingungen überhaupt noch in ausreichendem Maße deren Realisierung in neue gesellschaftliche Qualität möglich machen. Es ist nämlich eine sehr offene Frage, ob wir in einer Zeit lediglich von Krisen - unter Krisen verstehe ich prinzipiell überwindbare Zustände, wenn unbrauchbar gewordene alte Antworten durch neue ersetzt werden können - oder in einer eines unaufhaltbaren Niedergangs leben.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Vermindertem Umgang  
mit unvollständigen  
Recycling-Papier



Die Geschichte kennt Gesellschaften, die verwest sind, wie solche, die sich gründlich reformieren und damit überleben konnten. Sie kannte noch nie eine Situation wie jetzt, in der die gesamte Weltgesellschaft auf Gedeih oder Verderb abhängig ist von der ökologischen und sozialen Reform- und Kooperationsfähigkeit der westlich-kapitalistischen Wirtschaft, die jetzt ganz alleine das wirtschaftliche Weltgeschehen dominiert.

Die Frage nach der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland läßt sich weniger denn je trennen von der Zukunft Europas und der Weltgesellschaft. Die Bundesrepublik Deutschland zählt zu den drei wirtschaftsstärksten auf dem Erdball und hat deshalb für diesen eine besondere Mitverantwortung - und wie die Deutschlandfrage beantwortet wird, bestimmt wesentlich die weitere Entwicklung Europas. Ob die SPD die Kraft findet, auf die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte eine schlüssige Antwort zu finden, ist nicht allein für die Zukunft der SPD von Bedeutung. Neuer Fortschritt und neue Solidarität sind zwei Schlüsselbegriffe, um diese Zukunft sozialdemokratisch erschließen zu können.

Die SPD hat die Aufgabe, die politischen Grenzerfahrungen auch ihrer eigenen bisherigen Politik zu erkennen und diese Grenzen zu überspringen.

Das Grundsatzprogramm unserer Partei muß solche Grenzerfahrungen mit neuen Fortschrittsperspektiven beantworten:

- die Grenzen des Solidaritätsgedankens
- die Grenzen des Wachstums
- die Grenzen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung
- die Grenzen der herkömmlichen Sicherheitspolitik
- die Grenzen der Erwerbsarbeit und der Finanzierung des Sozialstaats
- die Grenzen staatlich-politischen Handelns.

Der geistige Widerspruch unserer Zeit ist, daß kein zentrales Problem ohne verstärkte Solidarität lösbar sein wird, aber das Bewußtsein und die Bereitschaft zu solidarischem Verhalten gleichzeitig dramatisch schwindet. Diesen Widerspruch halten die Gesellschaft und ihre Politik nicht aus. Mehr statt weniger Solidarität ist nötig für eine Gleichstellung der Frauen ebenso wie für die Grundfragen der sozialen Sicherung, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso wie für die Friedenspolitik zwischen Ost und West sowie Nord und Süd, die nicht nur eine diplomatische, sondern vor allem eine gesellschaftspolitische Grundlage braucht.

Auch wenn das Solidaritätsbewußtsein schwindet, so wächst dennoch das Bedürfnis von immer mehr Menschen nach einer solidarischen Gesellschaft. Aber Solidarität ist nicht passiv möglich, sie muß als aktiver Wert bestehen und praktiziert werden. Es ist die historische Bestimmung der SPD, der Gesellschaft eine solidarische Philosophie zu vermitteln und Politik danach zu gestalten. Immer wenn es konservativen Kräften gelang, das Solidaritätsbedürfnis anzusprechen, haben sie es zum Schaden der Menschen mißbraucht - zur Verfestigung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit, zur Einschränkung von Freiheit oder zu völkischen oder nationalistischen Diskriminierungen und gar Exzessen.

(-/20.10.1989/rs/ks)

\* \* \*

Ist Egon Krenz mehr als der junge Honecker ?

Zur jüngsten Entwicklung in der DDR

Von Gert Weisskirchen MdB

Der Besuch Michail Gorbatschows zum 40. Jahrestag der DDR hat alles verändert. Die Dynamik der laufenden Ereignisse hat Erich Honecker aus seinem Amt gespült.

Die Führung der SED versucht nun mit dem Austausch der Personen in den begonnenen Demokratisierungsdruck einzugreifen.

Aufhalten kann sie ihn nicht mehr.

Von unten ist aufgebrochen, was nicht mehr eingedämmt werden kann: der Wille der Menschen, sich einzumischen in ihre eigenen Verhältnisse.

Zum ersten Mal erfahren sie, daß autonome Bewegungen die Herrschaft ins Wanken bringen können.

Und sie erleben Erstaunliches in ihren Medien. Die Zeitungen öffnen sich, wenn auch erst widersprüchlich und sehr vorsichtig.

Ungewohnte Diskussionsbereitschaft durchbricht im Fernsehen die lange lastende bleierne Zeit. Die erste Sendung des „Donnerstag-Gesprächs“ im DDR-Fernsehen von gestern abend hat einen deutlichen Akzent gesetzt.

Die Phase des Starrsinns könnte mit der Ablösung Honeckers zu Ende gegangen sein.

Ist Egon Krenz mehr als der junge Honecker? Seine erste Erklärung war noch geprägt vom Festklammern an den Überresten des Stalinismus. Will er mehr sein als der Kandidat des eng begrenzten Übergangs, dann wird er die Ursache für den verhängnisvollen Niedergang der DDR nicht ausklammern können. Das ist das Monopol der SED auf Wahrheit und Macht.

Die Teilung der Strukturen der politischen und ökonomischen Herrschaft und im Gegenzug die Anerkennung der aufstrebenden neuen sozialen Bewegungen aus der Gesellschaft - das sind die Aufgaben, an die unvoreingenommen herangegangen werden muß.

Offener Dialog und die Bereitschaft zum Wandel durch Teilhabe, sind die Bedingungen für eine vom inneren Frieden geprägte Entwicklung der DDR.

Ist Egon Krenz ein Mann mit diesen Fähigkeiten?

Er steht mit der Entfaltung solcher Eigenschaften. Oder er fällt.

(-/20.10.1989/rs/ks)

\* \* \*

Mehr Marktwirtschaft im Agrarbereich erforderlich

Zum Erfordernis, sich im europäischen Wettbewerb zu behaupten und den veränderten Bedingungen anzupassen

Von Rudolf Müller MdB  
Vorsitzender des Agrar-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Eine realistischere Betrachtungsweise der Chancen in der Landwirtschaft ist von den Bauern, deren Verbändevertretern und den Agrarpolitikern zu erwarten.

Schwarzmalerei ist unangebracht, aber es kann in der Landwirtschaft keinesfalls so weitergehen wie bisher: Marktwirtschaftliche Gesichtspunkte müssen wieder mehr zum Tragen kommen, das heißt, das erreichte Leistungsniveau muß an das Absatzniveau angepaßt werden.

Dies bedeutet jedoch keinesfalls das „Aus“ für die familienbetriebliche Struktur in der Landwirtschaft.

Zwar können nicht alle heute noch bewirtschafteten Familienbetriebe weiterbestehen, da die durchschnittliche Betriebsgröße in der Bundesrepublik mit 18 Hektar zu klein ist, aber die Chance der einzelnen Betriebe hängt von der realistischen Prüfung und Einschätzung der Situation und der Bereitschaft zur Eigeninitiative ab.

Landwirte müssen bereit und in der Lage sein, sich im europäischen Wettbewerb zu behaupten und sich veränderten Bedingungen anzupassen. Diese Leistung kann ihnen niemand, auch nicht die Politiker, abnehmen.

Eine realistische Möglichkeit der Anpassung an die veränderte Situation liegt jedoch mit Sicherheit nicht in bedingungsloser Massenproduktion.

Erfolgversprechendere Strategien wären zum Beispiel eine Umstellung auf alternativen Landbau und eine erweiterte Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

Gute Zukunftschancen sehe ich insbesondere für junge Bauern, die bei qualifizierter Ausbildung, Eigeninitiative und Selbstbehauptungswillen in der Landwirtschaft erfolgreich sein könnten.

(-/20.10.1989/rs/ks)

\* \* \*

Wer und was belastet die Umwelt, in der wir leben?

Zur Vorlage des Entwurfs eines Umweltdatenauskunftsgesetzes durch die bayerische  
SPD-Landtagsfraktion

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und  
Günter Wirth MdL  
Vorsitzender des Arbeitskreises Recht der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Von Umweltbelastungen sind alle Bürgerinnen und Bürger betroffen. Deshalb sollte jedermann einen Anspruch darauf haben, Auskunft über die Situation der Umwelt und die sie beeinflussenden Faktoren zu bekommen. In der Praxis scheidet dies heute daran, daß die dazu erforderlichen Daten bisher nicht öffentlich zugänglich sind. Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat deshalb einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem verbindlich geregelt wird, wie über Umweltdaten informiert werden muß.

Wer und was belastet die Umwelt, in der wir leben? Auf diese Frage sollen nun alle Bürger - gesetzlich garantiert - eine Antwort bekommen. Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat den Entwurf eines Umweltdatenauskunftsgesetzes (UAG) erarbeitet. Damit wird ein gesetzlich verankerter Anspruch der Bürger gegenüber der Umweltverwaltung geschaffen, Auskunft über bestimmte Umweltdaten zu erhalten. Gleichzeitig wird auch der Verwaltung das Recht eingeräumt, diese Daten von sich aus zu veröffentlichen. Uns geht es aber auch darum, zu einer vernünftigen Abwägung zwischen dem Auskunftsanspruch der Bürger und dem Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zu kommen - ein Anliegen, das bisher stets einseitig zu Lasten der Bürgerinformation geregelt wurde.

Viele Bürger wollen wissen, welche Substanzen, Flüssigkeiten, Gase und radioaktive Strahlen sie und ihre Umwelt belasten, wie hoch die Belastungen sind, wo sie auftreten und wer ihre Urheber sind. Dabei scheitern sie oft an einer nicht mehr nachvollziehbaren Geheimniskrämerei staatlicher und öffentlicher Stellen, die zudem bisweilen glauben, falsch verstandene Rücksichten auf Verursacher nehmen zu müssen. Unser Gesetzentwurf verpflichtet nun alle Behörden, Einrichtungen und sonstige öffentliche Stellen des Staates, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie andere Stellen, die unter Staatsaufsicht stehen, zur Auskunft über Umweltdaten.

Die Spannweite der Umweltdaten, die wir veröffentlicht sehen wollen, reicht von den Immissionen genehmigungsbedürftiger Anlagen bis zu den Inhalten von Wasch- und Reinigungsmitteln. Der Gesetzentwurf unterscheidet dabei zwischen anlagenbezogenen, gebietsbezogenen und stoffbezogenen Daten.

Anlagenbezogene Daten umfassen Art, Beschaffenheit und Menge der Stoffe und Emissionen einschließlich ionisierender Strahlen, die von genehmigungspflichtigen Anlagen (Bundesimmissionsschutzgesetz, Abfallgesetz, Atomgesetz, Strahlenschutzverordnung) abgegeben werden oder bei

einer Nutzung im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes in die Umwelt gelangen. Dabei soll der Bürger nicht nur erfahren, welche Mengen im Einzelfall abgegeben werden, sondern auch, welche Werte im Normalbetrieb zulässig sind und welche Regelungen für Störfälle oder Unfälle gelten.

Gebietsbezogene Daten umfassen Art, Beschaffenheit und Menge aller Umwelteinwirkungen an einem Ort einschließlich der Strahlenbelastungen. Bei den stoffbezogenen Daten werden Auskünfte über die Zusammensetzung, die Auswirkungen und mögliche Vorsichtsmaßnahmen sowie Sofortmaßnahmen bei Unfällen über Stoffe verlangt, die nach dem Chemikaliengesetz, dem Pflanzenschutzgesetz oder dem Wasch- und Reinigungsmittelgesetz anmelde- oder zulassungspflichtig sind.

Die zuständigen Behörden erteilen auf Antrag Auskunft über die bei ihr vorhandenen Umweltdaten. Dabei kann jedermann Antrag stellen. Doch auch von sich aus können die Behörden Umweltdaten veröffentlichen. Weiter soll jedem Bürger Einsichtnahme in Emissionskataster, Luftreinhaltepläne, Abfallentsorgungspläne, wasserwirtschaftliche Rahmenpläne, Bewirtschaftungspläne sowie Wasserbücher gewährt werden, verlangt unser Gesetzentwurf.

Sehr eng faßt der Entwurf die Einschränkungen des Rechts auf Auskunft, die bisher in weitgehender Auslegung oft zur Blockade von wesentlichen Umweltdaten geführt haben. Geschützt werden lediglich Daten, die der Geheimhaltung unterliegen sowie personenbezogene Daten und Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Doch hier schränkt unser Gesetzentwurf ein: Umweltdaten dürfen nicht nur deshalb zurückgehalten werden, weil sie einer bestimmten Person zugeordnet werden können. Im Gegenteil: um Umweltdaten bestimmen, unterscheiden oder zuordnen zu können, dürfen auch Name, Beruf, Branchen- und Geschäftsbezeichnung weitergegeben werden. Unter Betriebs- und Geschäftsgeheimnis fallen nach unserem Willen auch nicht die jährlichen Mengen und die Konzentrationen von Immissionen.

Wer Umweltdaten haben will, muß sein Auskunftsbegehren konkretisieren, fordert unser Gesetzentwurf. Dabei sollen die Behörden durchaus beratend mithelfen. Die Auskunft muß innerhalb einer angemessenen Frist erteilt werden. Kann der Auskunftswunsch nicht erfüllt werden, weil dem rechtliche Gründe entgegenstehen oder die verlangten Daten nicht vorliegen, so muß die Behörde dies dem Antragsteller unter Angabe der Gründe umgehend mitteilen.

Wir haben den Rechtsanspruch auf Umweltdaten für jedermann bewußt in einem Gesetz zusammengefaßt und nicht den Weg des Zusatzes in den einschlägigen Gesetzen gewählt, um die Notwendigkeit von mehr Transparenz im Umweltbereich darzustellen. Der Bürger muß das Recht haben, zu erfahren, wie er und seine Umwelt belastet wird. Wir können uns vorstellen, daß diese Offenheit - der sich die Staatsregierung bislang immer versperrt hat - manchem Unternehmen und manchem Hersteller nicht eben angenehm sein wird. Im Interesse der Bürger sollten gerade diese Unternehmen überlegen, ob sie nicht lieber auf mehr Umweltschutz setzen sollten als sich und ihre Umweltdaten zu verstecken.

(-/20.10.1989/rs/ks)

\* \* \*